



Beschluss des 66. Bundeskongresses der Europa-Union
vom 15.10.2023

**Gegen Kürzungen im Bereich politische Bildung,
Jugendhilfe und Freiwilligendienste!**

Die Europa-Union Deutschland lehnt Kürzungen im Bereich der politischen Bildung, Kinder- und Jugendhilfe sowie Freiwilligendienste sowohl auf der Landesebene als auch auf der Bundesebene ab. Unabhängig von der finanzpolitischen Bewertung von Kürzungen staatlicher Ausgaben, wären jedenfalls solche Kürzungen in der aktuellen Zeit die deutlich falsche Prioritätensetzung. Neben anderen sind es vor allem diese Bereiche, die unser Zusammenleben in einer demokratisch verfassten Gesellschaft sichern. Diese steht jedoch immer stärker unter Druck. Nötig ist daher vielmehr eine langfristige bedarfsgerechte Finanzierung jeglicher Kinder- und Jugendhilfe, von zivilgesellschaftlichen Akteuren mit Aktivitäten in der politischen und demokratischen Bildung sowie der Aktivitäten der Landeszentralen und der Bundeszentrale für politische Bildung auf allen Ebenen (europäisch, national, kommunal). Die Europa-Union Deutschland begrüßt deshalb die jüngsten Beschlüsse des Haushaltsausschusses des Bundestags, zumindest soweit sie sich gegen die Kürzungen der Unterstützung der Kinder- und Jugendarbeit im Bundeshaushaltsentwurf 2024 richten.